

Einschränkungen beim Böllern

Bürgerschaft berät Umgang mit Silvesterfeuerwerk – Senat soll Bundesratsinitiative starten

VON NINA WILLBORN

Bremen. Silvester wird für die meisten wohl eher „Dinner for One“ als große Gala – so viel ist in diesen Pandemiezeiten sicher. Ob es aufgrund von Corona auch neue Beschränkungen für Feuerwerke geben wird, ist noch unklar. Laut Karen Stroink, Sprecherin des Innenressorts, will Bremen zunächst die weiteren Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenzen mit der Bundeskanzlerin abwarten. „Es ist jetzt noch zu früh für eine Entscheidung, die Ende Dezember betrifft“, sagt sie.

Anderswo sind Feuerwerke bereits ganz abgesagt. In den Niederlanden hat die Regierung den Verkauf und das Zünden von Raketen untersagt, um zu verhindern, dass sich Ärzte und Pfleger zusätzlich zu den vielen Corona-Patienten auch noch um Menschen kümmern müssen, die durch Feuerwerksunfälle verletzt wurden. Die Ostfriesischen Inseln haben ihre Höhenfeuerwerke ebenfalls abgesagt und appellieren an Einheimische wie Gäste, auf die private Knallerei zu verzichten. Köln und Kiel diskutieren jeweils

1477

Tonnen Feinstaub gelangen laut einer Studie deutschlandweit Silvester durch Feuerwerke in die Luft.

über ein stadtweites Verbot, das auch die Berliner Grünen-Fraktion für die Hauptstadt fordert und die Deutsche Umwelthilfe für die gesamte Republik. Durch Corona ist neue Bewegung in eine Diskussion gekommen, die schon seit Jahren regelmäßig vor dem Jahreswechsel aufkommt: das Für (sieht schön aus, ist für viele eine unverzichtbare Tradition) und Wider (Gefahren für Mensch und Tier, Umweltbelastung, Entsorgungskosten) von Feuerwerk.

In Bremen wird sich – geht es nach dem Willen von SPD, Grünen und Linken – mittel- und langfristig der Umgang mit Feuerwerk ändern: weg von der privaten Böllerei, hin zu organisierten Profi-Veranstaltungen oder Lasershows. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Ressorts Inneres, Wirtschaft, Gesundheit und Umwelt und den Fraktionen der Regierungsparteien beschäftigt sich seit Monaten mit dem Thema. Als erstes Ergebnis ihrer Überlegungen weitet das Innenressort wie berichtet die Verbotszone für Feuerwerk in der Innenstadt aus: An der Schlachte dürfen Böller künftig nicht mehr im Bereich zwischen den Weserbrücken gezündet werden. Rechtlich ist diese Maßnahme über das Polizeigesetz abgesichert, sie dient der Abwehr einer konkreten Gefahr für Einsatzkräfte und Unbeteiligte durch unsachgemäßen Umgang mit den Raketen.

Grundsätzlich ist es so, dass Silvesterfeuerwerke durch Regelungen im bundesweiten Sprengstoffgesetz und der 1. Sprengstoffverordnung außerhalb von sensiblen Bereichen wie Flughäfen, Zoos oder Alten-



Silvesterraketen über der Schlachte: Das war einmal. Nun gilt zwischen den Brücken Böllerverbot.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

heimen erlaubt sind – Länder oder Kommunen können die Knallerei bislang nicht komplett untersagen. An diesem Punkt will die Arbeitsgruppe ebenfalls ansetzen, und deshalb beschäftigt sich auch die Bürgerschaft an diesem Mittwoch mit der Silvestersause.

Mit einem gemeinsamen Antrag wollen SPD, Grüne und Linke den Senat beauftragen, auf Bundesebene für Änderungen am Sprengstoffgesetz zu werben, die den Städten mehr Handlungsspielraum für Verbote beziehungsweise Alternativen zur privaten Böllerei geben würden. Es seien „individuelle Konzepte gefragt, um die Belastungen vor Ort zu reduzieren und den Menschen in der Silvesternacht insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen umfassende Sicherheit zu gewährleisten“, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag. Geplant ist, dass Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) die Bremer Bundesratsinitiative Anfang Dezember auf der Herbstkonferenz der Innenminister in Weimar vorstellt.

Der zweite Aspekt des Antrags: Der Senat soll prüfen, was organisierte „dezentrale Licht- und Feuerwerkshows“ kosten würden. Wenn sie finanzierbar sind, sollen auch in Zusammenarbeit mit den Beiräten Konzepte erarbeitet werden für den Jahreswechsel 2021. Eigentlich sollte es schon in diesem Jahr eine zentrale Veranstaltung mit einem

Profi-Feuerwerk geben – durch Corona hat sich dieser Plan erübrigt.

Bei der Bremerhavener Feuerwerksfirma Comet stoßen die Pläne der Koalition auf Skepsis. Geschäftsführer Richard Eickel hatte in den vergangenen Monaten in Gesprächen mit Regierungs- wie Oppositionsfraktionen die in älteren Vorlagen als Grundlage dienenden Zahlen unter anderem für Feinstaubbelastung kritisiert. Eine Studie im Auftrag des Verbands der pyrotechnischen Industrie, in die auch das Umweltbundesamt (UBA) involviert war, hatte ergeben, dass Silvester 2019 rund 1477 Tonnen Feinstaub durch Feuerwerke in die Luft gelangt waren. Zuvor war das UBA von rund 4200 Tonnen Feinstaub ausgegangen. „Wir fragen uns in Anbetracht der veränderten Faktenlage, warum man weiterhin auf ein Verbot oder Einschränkungen hinwirken möchte“, sagt Eickel. Dies gelte auch mit Blick auf die Argumentation hinsichtlich der Kosten für eine entsprechende Beseitigung der Raketen-Überreste. Laut dem Antrag liegen sie bei insgesamt rund 48 000 Euro für Müllentsorgung und Reparaturen ausgebrannter Container. „Auch im Nachgang alternativer Veranstaltungen würde die Stadt nicht sonderlich viel weniger Geld in die Hand nehmen müssen, um Plastikbecher, Glasflaschen und anderen Müll zu entsorgen“, sagt Eickel.

Frust bei der Maskenverteilung

Apothekerkammer zieht Bilanz

Bremen. Die Apothekerkammer hat eine erste Bilanz der Maskenverteilung gezogen. Zahlreiche Menschen hätten dabei ihrem Frust und ihrer Enttäuschung in den Apotheken freien Lauf gelassen, als keine FFP2-Masken mehr vorrätig gewesen seien, so Isabel Justus, Geschäftsführerin der Bremer Apothekerkammer, in ihrem Fazit am Dienstag. Außerdem hätten immer wieder auch Menschen, die dazu nicht berechtigt waren, versucht, Masken in den Apotheken abzuholen. Justus: „Die hatten entweder ihren Wohnsitz nicht in Bremen oder Bremerhaven oder waren nicht in der Altersgruppe ab 65.“

Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Apotheken bei der Aktion mehr als 700 000 Masken ausgegeben und damit zum Schutz vor dem Coronavirus beigetragen hätten. Justus würdigt in dem Zusammenhang das Engagement der Apothekerinnen und Apotheker, die die Verteilung der Masken ehrenamtlich übernommen hätten, da sie sich in der Verantwortung für die Einwohner sehen. Ihre eigentliche Aufgabe aber sei, die Versorgung der Menschen mit Medikamenten zu gewährleisten. Justus: „Diese Aufgabe darf neben der Ausgabe der kostenlosen Masken nicht zurückstehen.“ HPP

OHNE MASKE

75-Jähriger legt falsches Attest vor

Bremerhaven. Mit einem Ausdruck aus dem Internet hat ein 75-Jähriger aus Bremerhaven versucht, sich vor der Maskenpflicht zu drücken. Der Mann war von Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover erwischt worden, zeigte sich uneinsichtig und legte den Beamten ein Attest vor. Diese Bescheinigung kannten die Polizisten aber längst – ein Blanko-Ausdruck aus dem Internet zum selber Ausfüllen und von einem Arzt aus dem Landkreis Kassel unterzeichnet. Der 75-Jährige muss nun mit einem Strafverfahren rechnen. Das falsche Attest wurde sichergestellt, der Mann durfte weiterreisen – mit Maske. HPP

Feuerwerks-Petition

Die **Petition von Marco Warstat** aus Buchholz, in der er ein Böllerverbot in der Nähe von Tierweiden forderte, hatten 2649 Bremer unterschrieben – ein Rekord. Weil es aber um Änderungen im Sprengstoffgesetz geht, hatte der Petitionsausschuss sie auf Bundesebene überwiesen. Dort ist noch nichts entschieden. NIW

ANZEIGE

BREPARK
NÄHER DRAN

PARKEN À LA CARD!
MIT DER PREPAID-KARTE ODER DER EASY-KARTE

- Bequem und bargeldlos
- Keine Wartezeit am Kassensystem
- Keine Grundgebühr und kein Vertrag
- In allen BREPARKhäusern, auf allen BREPARKplätzen sowie auf den Parkplätzen der Kliniken Links der Weser und Bremen-Ost

Einfach näher dran parken.
Weitere Infos erhalten Sie unter www.brepark.de

BREPARK GmbH | Ansgaritorstraße 16 | 28195 Bremen | www.brepark.de

Die Verkehrswende als oberstes Ziel

Breite Mehrheit beschließt modifizierten Antrag der Initiative „Platz da“ – FDP stimmt dagegen

VON FRANK HETHEY

Bremen. Mit den Stimmen der rot-grün-roten Koalitionsparteien sowie der CDU hat die Stadtbürgerschaft am Dienstag einen modifizierten Bürgerantrag der Initiative „Platz da“ beschlossen. Die Befürworter sehen darin einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Verkehrswende. Vorausgegangen war ein langes Hin und Her, die SPD hatte Parkgebühren auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen abgelehnt. Die FDP votierte gegen den Antrag.

Was wurde beschlossen?

Geltende Parkverbote sollen künftig strikter durchgesetzt werden. Das Ziel lautet, den Anteil illegal parkender Autos bis Ende 2022 auf unter zehn Prozent zu senken. Um das zu erreichen, soll das Personal des Ordnungsamts um mindestens 100 Kontrolleure aufgestockt werden. Zusätzlich ist vorgesehen, bis Frühjahr 2023 Parkgebühren in den citynahen Stadtteilen Mitte, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Findorff, Walle und Neustadt einzuführen. Ganz oben auf der Liste stehen Gebiete mit sehr hohem Parkdruck. Bis Ende 2022 sollen Parkgebühren in diesen Bereichen eingeführt sein. In neuen Wohnvierteln will der Senat kostenpflichtige Quartiersparkplätze – und -garagen einplanen. Unter Beteiligung der Beiräte muss die Verkehrsbehörde binnen zwölf Monaten ein Konzept erarbeiten.

Was bedeutet das?

Es wird keine flächendeckende Gebühren-

pfligt auf öffentlichem Parkraum im gesamten Stadtgebiet geben. Falschparker müssen aber damit rechnen, künftig häufiger abgeschleppt zu werden. Zur Kasse werden in Zukunft auch Anwohner gebeten. Die Parkgebühren fallen aber für Anwohner und sogenannte Fremdparker unterschiedlich hoch aus. Bei Letzteren sollen sich die Gebühren an den Preisen des ÖPNV orientieren. Weniger sollen die Anwohner zahlen. Für sie ist eine sozialverträgliche Lösung vorgesehen.



Die Initiative „Platz da“ warb am Dienstag während der Bürgerschaftssitzung mit einer Aktion auf der Bürgerweide für mehr Platz für Fußgänger und Fahrradfahrer. FOTO: KUHAUPT

Was geschieht mit den Parkgebühren?

Mit den Parkgebühren sollen nicht zuletzt diejenigen finanziert werden, die sie überhaupt erst eintreiben: die Kontrolleure. Doch es steckt noch wesentlich mehr dahinter: nämlich die Absicht, die Verkehrswende entscheidend voranzubringen. Bremen will „Vorreiterstadt“ im Bereich zukunftsweisender Mobilität werden. Eine bedeutende Rolle spielt dabei der sogenannte Umweltverbund aus Fuß- und Radverkehr, öffentlichen Verkehrsmitteln, Carsharing sowie die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel. Angestrebt werden für den Radverkehr jährlich 36 statt 9,32 Euro pro Person, auch der bisher bei elf Euro liegende Etat für Fußgänger soll „merklich“ erhöht werden.

Was sagen die Politiker?

Die Ablehnung seiner Partei begründete Thore Schäck (FDP) damit, dass es mit kostenpflichtigem Anwohnerparken nicht getan sei, es fehlten Alternativen. „Die Autos stehen noch immer auf der Straße.“ Von einer „klaren Richtlinie“ sprach dagegen Heiko Strohmann (CDU). Die Blechlawine in einigen Stadtteilen sei nicht mehr hinnehmbar gewesen. Als „guten Kompromiss“ auf dem Weg zu einer strukturellen Verkehrswende beurteilte Ralph Saxe (Grüne) den Beschluss, es dürfe „kein Verkehrswendchen“ geben. Noch „Luft nach oben“ sieht Ralf Schumann (Linke). Verkehrssenatorin Maike Schaefer (Grüne) kündigte an, im zweiten Quartal 2021 ein Konzept vorzulegen. Zudem solle geprüft werden, ob Quartiersgaragen auch in Bestandsquartieren möglich sind.